

Mechthild Heil

- (A) men in der Branche zu informieren und damit letztlich den Verbraucher zu schützen. Verbraucher und Wirtschaft begegnen sich aufgrund des VIG zunehmend auf Augenhöhe. So soll es sein.

Der Gegenentwurf der SPD ist recht simpel. Verbraucherschutz ist Sozialpolitik. Das ist das neue Credo.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das ist nicht das neue Credo! Das ist selbstverständlich! Das haben Sie nur nicht begriffen!)

Das haben Sie, Frau Drobinski-Weiß, die verbraucher-schutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, gegenüber Hauptstadtjournalisten verkündet. Noch einmal: Verbraucherschutz ist für Sie Sozialpolitik.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Etwa nicht?)

Das SPD-Prinzip heißt salopp formuliert: Super-Nanny statt Information und Entscheidungsfreiheit,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben ein komisches Verständnis von Sozialpolitik!)

keine Begegnung auf Augenhöhe, kein Wettbewerb, aber eine Entmachtung der Verbraucher zugunsten des Staates, eine Reduzierung auf ihre angebliche Hilflosigkeit. Diesem Verbraucherbild werden wir uns nicht anschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Mein Gott, haben Sie ein Verständnis von Sozialpolitik! Das ist ja nicht aus dem letzten, das ist aus dem vorletzten Jahrhundert! Das ist Bismarck!)

(B)

Wären Sie ehrlich, Frau Drobinski-Weiß, würden Sie heute hier keine Kritik an unserem Gesetzentwurf üben, sondern Ihre Kritik an den A-Ländern, an den SPD-geführten Ländern, formulieren.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das hatten wir schon, Frau Heil! Das ist schon so alt!)

Vielleicht wollen Sie Ihre Kritik noch einmal wiederholen. Ich kann aus einem Brief zitieren. Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich zitieren:

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das hatten wir schon!)

Wir haben die Situation, dass die Bundesregierung verbraucherfreundlicher agiert als die A-Seite.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das Ding ist schon uralt! Das zitieren Sie jedes Mal!)

Für die Zuhörer: Die A-Seite sind die SPD-regierten Länder.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eine CSU-Ministerin hat einen verbraucherfreundlichen Gesetzentwurf durchgesetzt, den die A-Länder zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher verwässern.

Sehr geehrte Kollegin, es wäre anständig gewesen, wenn Sie das auch heute, an dieser Stelle, gesagt hätten.

Ihr Kollege hat aber gleich noch Gelegenheit, das zu sagen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Oh, da gäbe es noch viel mehr zu sagen, Frau Heil!)

Unsere Alternative zur Bevormundung der Verbraucher ist die Information und Stärkung der Souveränität der Verbraucher. Uns geht es bei der Novellierung des VIG um eine Kultur der Transparenz – für die Wirtschaft und für die Behörden.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das sieht man Ihrem Gesetzentwurf an!)

Die Internetseite www.lebensmittelwarnung.de war ein erster Schritt. Das novellierte VIG wird ein weiterer Baustein dieser Kultur sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Die Reden der Kollegin Heil sind immer ein besonderes Erlebnis. Heute haben wir zusammengefasst lernen dürfen: Sozialpolitik ist Entmündigung der Menschen.

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Reduzierung auf die Hilflosigkeit, um genau zu sein!)

(D)

Vielen Dank für diese Erkenntnis, für die es tosenden Beifall Ihrer Fraktion gegeben hat.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer über Verbraucherinformation spricht, sollte am Anfang über Grundsätze sprechen. Der erste Grundsatz ist: Alle Informationen, alle Daten, über die der Staat verfügt, gehören den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist die Auffassung der SPD. Das gilt natürlich gerade für verbraucherrelevante Informationen wie Ergebnisse von Hygieneprüfungen, wie Informationen über Verstöße gegen das Lebensmittelrecht, über Datenmissbräuche, über Gift in Spielzeug, aber auch über die Ergebnisse von Sicherheitsüberprüfungen.

Solange nicht unbeteiligte Dritte betroffen sind und solange nicht wirklich wichtige Geschäftsgeheimnisse betroffen sind – teilweise ist es lächerlich, was als Geschäftsgeheimnis deklariert wird –, gelten drei einfache Regeln: volle Transparenz aller öffentlichen Daten, einfacher, möglichst kostenloser und schneller Zugriff – schneller Zugriff, Herr Schweickert,

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das machen wir doch!)

nicht zwei Wochen Einspruchsrecht, doppelte Prüfung etc. –

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das kann doch verkürzt werden!)

Ulrich Kelber

- (A) und als Regelfall die aktive Information durch die Behörden. Man darf die Daten nicht einheimsen und hoffen, dass sich keiner danach erkundigt, damit man auf den Daten sitzen bleiben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Keines dieser drei Ziele wird mit dem Gesetzentwurf von Schwarz-Gelb zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes erreicht. Frau Aigner, in der Tat – diesbezüglich ist richtig zitiert worden – haben wir uns in der Großen Koalition gemeinsam für die erste Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes – das ist das, was heute ansteht – sehr viel mehr Punkte vorgenommen. Das kann man in den Unterlagen von 2006 nachlesen. Wo ist denn Ihr Schneid in dieser Frage abgeblieben? Sie haben es sich in der PR-Ecke der Verbraucherpolitik sehr gemütlich gemacht.

Warum beschränken Sie das VIG weiterhin auf Produkte? Das ist ein großer Fehler.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das ist ein großer Fortschritt, dass wir das machen!)

Die Menschen erwarten doch auch Informationen über Dienstleistungen, Finanzprodukte und, um ein anderes Beispiel zu nennen, über Testergebnisse bei Indoorspielplätzen. Es kann doch nicht Ihrem Verständnis entsprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger jedes Mal, bevor sie einen Indoorspielplatz besuchen, mit Hinweis auf das Informationsfreiheitsgesetz des Landes bei einer Behörde anfragen müssen, ob dort Erkenntnisse über Sicherheitsmängel bei dem Indoorspielplatz vorliegen, zu dem sie mit ihren Kindern fahren wollen. Warum dieser Rückzieher gegenüber den Plänen der Großen Koalition? Dazu haben Sie, Frau Aigner, nichts gesagt und auch die Rednerinnen und Redner der Koalition nicht.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor wird die aktive Information nicht der Regelfall werden. Nach wie vor ist die Abwägungsklausel enthalten. Nach wie vor ist aus „sollen“ nicht „müssen“ geworden. Haben die Verbraucherinnen und Verbraucher etwa kein Recht, zu wissen, wer Haltbarkeitsdaten verändert hat, wer Gammelfleisch weiterverkauft hat? Sind Täuschungen wirklich ein Geschäftsgeheimnis, Frau Aigner?

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das sind sie doch nicht! – Mechthild Heil [CDU/CSU]: Kommen Sie doch einmal in den Ausschuss, um zu diskutieren!)

Diese Einstellung kann ich nicht nachvollziehen.

Wer austeiht, muss auch einstecken können. Das gilt auch für die Unternehmen. Es geht gar nicht um einen allgemeinen Auskunftsanspruch der kleinen und mittleren Unternehmen, der diese vielleicht überfordern würde,

(Mechthild Heil [CDU/CSU]: Man sollte nicht nur lesen, was andere einem vorlegen!)

sondern es geht darum, dass Unternehmen, die für ihre Dienstleistungen oder Produkte werben, indem sie auf

eine besondere Eigenschaft hinweisen, die zum Beispiel sagen, sie hätten das beste oder sauberste Produkt, einen Auskunftsanspruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfüllen müssen. Das ist doch normal: Wer etwas verspricht, muss prüfen lassen, ob er sein Versprechen auch einhält. Wer das verweigert, verweigert Fairness zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen, Frau Aigner.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das macht jedes Unternehmen von sich aus, dass es Informationen nach vorne stellt!)

Schwarz-Gelb will Journalisten und Nichtregierungsorganisationen die Arbeit erschweren. Ich komme noch einmal auf das Beispiel des Indoorspielplatzes zurück. Ist es wirklich Ihr Verständnis, dass jeder einzelne Besucher eine Anfrage bezüglich des Indoorspielplatzes stellen muss – jedenfalls wenn es einmal im Verbraucherinformationsgesetz stehen wird; jetzt ist es im Informationsfreiheitsgesetz – und dass er hoffen muss, dass die Kosten unter 250 Euro bleiben? Ist es nicht vielmehr normal, dass eine örtliche Zeitung, die über Ausflugsziele informiert, eine entsprechende Abfrage zum Beispiel bei der Stiftung Warentest vornimmt,

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Die Stiftung Warentest informiert doch!)

und zwar über alle Indoorspielplätze, und diese dann veröffentlicht? Sie sagen: Das würde mehr Geld kosten, ihr müsstet dafür zahlen.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Abonnieren Sie es doch!)

Das heißt, sie wollen die schnelle Information der Bürgerinnen und Bürger durch die Zivilgesellschaft erschweren. Ich empfinde das als unanständig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Heil – ich erläutere dies, damit Sie es verstehen –, Sie sprechen ja gerne über Anreize. Wenn eine Behörde alle Kosten, die ihr entstehen, auch dadurch, dass sie ihre Daten schlecht organisiert hat, den anfragenden Bürgerinnen und Bürgern oder Journalisten aufs Auge drücken darf, wo ist dann der Anreiz, diese Daten in eine neue, moderne und schnell abrufbare öffentlich transparente Form zu übertragen? Schließlich müssen die Bürgerinnen und Bürger die Kosten tragen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der SPD – Dr. Erik Schweickert [FDP]: Sollen jetzt alle EDV einführen?)

Wir haben Ihnen in der Tat ein umfangreiches Paket mit ganz konkreten Änderungsvorschlägen vorgelegt. Die Hälfte davon war übrigens bereits zwischen CDU/CSU und SPD vereinbart, auch mit dir, lieber Peter Bleser; damals warst du Sprecher, heute bist du Staatssekretär. Aber man hat schon damals gemerkt, dass es nicht ehrlich gemeint war. Das musste auch Herr

Ulrich Kelber

- (A) Schweickert für die FDP feststellen, als er seine Vorschläge zurücknehmen musste.

(Dr. Erik Schweickert [FDP]: Das war rechtssystematisch!)

Ein solches neues Verbraucherinformationsgesetz würde eine Gesamtkonzeption für den Verbraucherschutz bilden. Derzeit wird eine Gesamtkonzeption durch die Ministerin, ihr Themen-Hopping und ihre Kamerasucht verhindert. Man kann Wetten darauf abschließen: Wenn morgens der Verbraucherzentrale Bundesverband eine Forderung erhebt, dann gibt es am Nachmittag eine Pressemitteilung von Frau Aigner, in der sie Kollegen, Bundesländern oder Unternehmen einen Vorschlag macht, was diese tun sollen. Wir warten darauf, dass Sie das tun, was in Ihrem eigenen Schwerpunktbereich liegt. Sie sollten keine Ankündigungsministerin sein, sondern eine Tatenministerin.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Auch diese Novelle führt in die falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Josef Rief [CDU/CSU]: So ein Unsinn!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort der Kollege Josef Rief von der CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Josef Rief (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der hier vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verbraucherinformationsgesetzes und zu Weiterentwicklungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches zeigt die Handlungsfähigkeit der Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben nur ein Jahr gebraucht für kaum Veränderung! Das ist super!)

Der Verbraucherschutz in Deutschland ist ein emotional sehr geladenes Thema. Emotionen ersetzen aber keine fachliche Kompetenz.

Wir haben eine erkenntnisorientierte Politik in der Sache zu machen. Die Opposition gibt sich Extremforderungen von einem hoch aufgeheizten Teil einzelner Interessengruppen hin. Wir unterscheiden – anders als manche von Ihnen – nicht zwischen guten und schlechten Lobbyisten, sondern wir nehmen Verbraucherschutz sehr ernst und gehen mit dem Informationsbedürfnis der Verbraucher konstruktiv um.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Dass wir diese extremistischen Organisationen wie die Stiftung Warentest unterstützen, ist ganz schlimm! Ich schäme mich dafür!)

Mit diesen Verbesserungen im Lebensmittel- und Futtermittelrecht – die Ministerin hat es ausgeführt – ziehen wir die Lehren aus der Dioxinproblematik, die uns zu Beginn des Jahres beschäftigt hat. Wir setzen damit den Dioxin-Aktionsplan vom Januar und die Erklärung der Verbraucherschutz- und Agrarminister von Bund und Ländern um.

Der Umgang der Opposition mit der Situation war wieder einmal typisch. Statt zur Aufklärung über die Belastung beizutragen, wurde einfach auf die Pauke gehauen. Es war damals schon eine Unverschämtheit – heute wissen wir es genau –, in diesem Zusammenhang den Rücktritt der Ministerin zu fordern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nicht der Einzelfall – und es war ein Einzelfall – wurde diskutiert, sondern Panik verbreitet.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Welcher Einzelfall? Dioxin: 45 Tote!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Rief, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kelber?

Josef Rief (CDU/CSU):

Ich glaube, der Erkenntnisgewinn ist am Ende des Gesetzgebungsverfahrens nicht so hoch. Vielleicht sage ich noch das, wonach Sie fragen möchten.

(Christoph Poland [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Man könnte sich als Bürger die Hände reiben und dem Schauspiel vergnügt zusehen, wären nicht den deutschen Landwirten und dem vor- und nachgelagerten Bereich Schäden in Höhe von rund 0,5 Milliarden Euro entstanden. Allein in meinem Wahlkreis Biberach waren es mehrere Millionen Euro aufgrund von Schäden, die durch Preisverfall, etwa bei Fleischprodukten, hervorgerufen wurden. Diese Schäden lassen sich auf die Panikmache der Opposition zurückführen. Das geht so nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren von den Grünen,

(Ulrich Kelber [SPD]: Heute teilen Sie aber aus!)

hier bestand zu keiner Zeit auch nur eine geringe Möglichkeit, dass Menschen gefährdet sein könnten. Man kann nur hoffen, dass die Auswirkungen von Ehec etwas Demut gelehrt haben. Hier sind bedauerlicherweise Menschen zu Schaden gekommen, und wir mussten sogar Todesopfer beklagen. Mir tut auch dieser biologisch wirtschaftende Betrieb leid. Nach allem, was wir wissen, trifft ihn keine Schuld. An diesen Auswirkungen sehen Sie, wie unglaublich daneben Ihre Kampagne im Dioxinfall war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dioxin ist ungefährlich, oder was? –

(C)

(D)

Josef Rief

- (A) Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Da wird applaudiert? Der ist ja menschenverachtend, euer Applaus!

Mit den heutigen Änderungen stellen wir die Futtermittelbranche nicht unter Generalverdacht. Wir kommen vielmehr den berechtigten Informationswünschen der Endverbraucher nach. Denn eines ist sicher: Ein Unternehmer, der vorsätzlich gesetzwidrig handelt, wird dies niemals freiwillig preisgeben. Wir haben aber Mechanismen geschaffen, die es schwarzen Schafen künftig sehr viel schwerer machen. Es ist niemandem gedient und es schadet auch dem Ansehen dieses Hauses, wenn Verbraucherschutz für parteitaktische Spielchen missbraucht wird.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Ulrich Kelber [SPD]: Davon sind Sie natürlich weit entfernt! Reine Unschuld am Rednerpult!)

Beim Verbraucherschutz ist schlichtes Abwägen gefordert und nicht immer weitergehende Forderungen, wenn der Verbraucherschutz gerade erst weiter verbessert wurde.

Auch die Forderungen der SPD sind hier nicht sachgerecht.

(Zuruf von der SPD: Noch nicht mal gelesen!)

Ich sehe schon den Tag, an dem in jeder kleinen Bäckerei an jedem Brötchen ein Zettel hängt, auf dem der CO₂-Fußabdruck, eine Ampel und ein Smiley stehen und zusätzlich, wer den Weizen angebaut und wer das Mehl transportiert hat. Der Zettel ist dann so groß, dass man das Brötchen mehrfach einpacken könnte, und teurer als das Produkt selbst. Das wird es mit uns nicht geben.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christoph Poland [CDU/CSU]: Sehr gut! Das war ein gutes Beispiel!)

Verbraucherinformation ist gut und richtig. Sie muss aber praxistauglich und marktgerecht sein sowie vom Kunden und nicht nur von einzelnen Interessengruppen nachgefragt werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist keine Bierzeltrede! Da muss auch mal ein Argument dazu!)

Dem trägt unsere Politik mit diesem Gesetz Rechnung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Der Herr Kollege Kelber möchte eine Kurzintervention machen, weil ihm eine Zwischenfrage abgelehnt worden ist. Bitte schön, Herr Kelber.

Ulrich Kelber (SPD):

Die Zwischenfrage wollte ich vorhin nur stellen, weil gesagt wurde, wir hätten damals in dem Dioxinskandal für Hysterie gesorgt. Es ging um direkte Ansprache. – Ich mache einen kurzen Faktencheck: Am ersten Werktag nach Bekanntwerden des Dioxinskandals ist sowohl die SPD mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit ge-

- (C) treten als auch die Ministerin. Der Vorschlag der Ministerin – der erste, Frau Aigner, es gab ja noch mehrere danach – besagte, sie möchte eine neue Selbstverpflichtung der Industrie.

(Ilse Aigner, Bundesministerin: Das ist falsch!)

Ein Punkt abgeschlossen.

Die SPD hat in Absprache mit den Bundesländern ein 15-Punkte-Paket vorgeschlagen. Von diesen 15 Punkten finden Sie 14 zum Teil wortgleich in dem Beschluss der Länder mit dem Bund wieder, weil diese Punkte natürlich von unseren Ländern dort eingebracht wurden.

Wenn aber alle beschlossenen 14 Punkte ursprünglich von der SPD vorgeschlagen worden waren –

(Zurufe von der CDU/CSU: Hä?)

alle 14 Punkte, die Länder und Bund später beschlossen haben, waren am ersten Werktag nach Bekanntwerden des Dioxinskandals Teil von 15 Punkten der SPD –, dann möchten Sie mir doch bitte erklären, wo wir für Hysterie gesorgt haben sollen, wenn Sie unsere Vorschläge beschließen. Dann hätten Sie ja unsere Hysterie übernommen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kollege Rief, Sie können erwidern.

Josef Rief (CDU/CSU):

- (D) Herr Kelber, ich habe mich auf das bezogen, was am Abend des 11. Januar in einer Sondersitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(Ulrich Kelber [SPD]: Mit unserem 15-Punkte-Plan!)

von Teilen der Opposition gefordert wurde: der Rücktritt der Ministerin. Das war nicht hinnehmbar, das war hoffnungslos daneben, das war weit überzogen, weil die Ministerin sich keinerlei Schuld aufgeladen hatte. Darauf habe ich mich bezogen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie sind doch noch nicht fertig, oder? – Gegenruf von der CDU/CSU: Doch! Für diese Frage reicht das!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7993, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/7374 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über die wir zuerst abstimmen.